



---

## Aktueller Begriff

### Transnationale Repression

---

Im September 2017 wurde das **türkische Ehepaar Kacmaz**, das in Lahore (Pakistan) an einer dem türkischen Prediger *Fethullah Gülen* nahestehenden Schule unterrichtete, mit seinen beiden Töchtern in die Türkei **entführt**, wo es – im Gegensatz zu vielen anderen Entführungsopfern – jedoch kurze Zeit später wieder freikam. – Im Juli 2017 wurde der nach Deutschland geflohene **vietnamesische Manager und Politiker Trinh Xuan Thanh** im Berliner Tiergarten **entführt**, gegen seinen Willen nach Vietnam verbracht und dort wegen Misswirtschaft und Unterschlagung **zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt**. – Am 23. August 2019 wurde der **Georgier Selimchan Changoschwili**, der im Zweiten Tschetschenienkrieg und im Russisch-Georgischen Krieg gegen das russische Militär gekämpft hatte, in Berlin im Auftrag des russischen Geheimdienstes FSB **erschossen**. – Im Mai 2021 zwang die belarussische Regierung ein Passagierflugzeug wegen einer angeblichen Sicherheitsbedrohung an Bord zur Zwischenlandung in Minsk (Belarus). An Bord der Maschine befand sich der **Dissident und Aktivist Roman Pratassewitsch**, der sich als Chefredakteur des zu den wichtigsten Informationsquellen der belarussischen Opposition zählenden Warschauer Nachrichtenkanals *Nexta* gegen das autoritär-diktatorische Regime in Minsk positioniert hatte. Pratassewitsch wurde festgenommen und am 3. Mai 2023 **zu acht Jahren verschärfter Lagerhaft verurteilt**, jedoch 19 Tage nach seiner Verurteilung ohne Begründung überraschend begnadigt. – 2022 wurde die nach Berlin geflohene chinesische **Journalistin, Internetaktivistin und Menschenrechtsverteidigerin Su Yutong** **wochenlang** in ihrer Wohnung von unbekannten Männern **behelligt**. Sie gaben an, sie kämen wegen einer im *Darkweb* veröffentlichten Anzeige einer Prostituierten und wollten hier deren sexuelle Dienstleistungen in Anspruch nehmen. Laut *Su* stamme diese Anzeige vermutlich von chinesischen Agenten. Ab Februar 2023 nahmen zudem Unbekannte im Namen von *Su* und anderen chinesischen Aktivisten weltweit Zimmerbuchungen in Luxushotels vor und platzierten anschließend von dort Bombendrohungen, **um Su und ihre Mitstreiter in Verruf oder sogar strafrechtliche Bedrängnis zu bringen**.

Diese Ereignisse sind Beispiele sogenannter **transnationaler Repression** (TNR). Dieser Begriff, für den die Politikwissenschaft als Synonyme auch die Begriffe „transnationale Unterdrückung“ oder „transnationale Bedrohung“ verwendet, subsumiert laut der *Friedrich-Naumann-Stiftung* die verschiedenen **Methoden autoritärer Regime, ihre Kritiker auch über Grenzen hinweg zum Schweigen zu bringen**. Die Anwendung dieser Methoden, die laut der amerikanischen Nicht-regierungsorganisation (NRO) *Freedom House* Ermordungen, illegale Abschiebungen, Entführungen, digitale Drohungen, den Missbrauch von Strafverfolgungsbehörden sowie die Einschüchterung der Betroffenen und deren Familien im Ursprungsland umfassen, stellt nicht nur einen **Ein-griff in die Souveränität und Sicherheit der demokratischen Gaststaaten** dar, sondern insbesondere auch eine **Verletzung der Menschenrechte**.

*Freedom House* gab 2021 die erste globale Erhebung zum Thema TNR heraus, die Vorfälle zwischen 2014 und 2020 erfasste. Am 6. Februar 2025 veröffentlichte diese NRO nunmehr eine Aktualisierung ihrer ersten Studie. Laut aktueller Datenlage registrierte *Freedom House* **in der zurückliegenden Dekade insgesamt 1.219 Vorfälle transnationaler Repression, die in 103 Ländern**

**von 48 Regierungen verübt wurden.** Dabei sind **zehn dieser 48 Regierungen für fast 80 Prozent aller von Freedom House erfassten direkten physischen Übergriffe verantwortlich.** Die Regierung der Volksrepublik China ist mit 272 Vorfällen oder 22 Prozent der erfassten Fälle nach wie vor der häufigste Urheber. Die Regierungen Russlands, der Türkei und Ägyptens zählen ebenfalls zur Spitzengruppe der TNR praktizierenden Staaten. Zu den weiteren Hauptverursachern grenzüberschreitender Repressionen zählen Tadschikistan und Kambodscha, deren Agieren gegen Ziele in Europa und Asien jedoch von der Weltöffentlichkeit weniger wahrgenommen wird.

Die häufigste Art von TNR war in der zurückliegenden Dekade **mit 503 Fällen die Inhaftierung durch Strafverfolgungsbehörden im Gastland**, die entweder mit Regierungsbehörden des Ursprungslands kooperierten oder falschen Anschuldigungen gegen Regimekritiker, dem sogenannten „swatting“, aufsaßen. Insgesamt 241 Mal kamen unrechtmäßige Abschiebungen vor. Die Methoden transnationaler Repression zielen dabei nicht nur auf einzelne Individuen. Die Zwischenfälle, bei denen mehrere Personen Ziel transnationaler Repression waren, tragen laut *Freedom House* deutlich zu ihrer Gesamtzahl bei. So rückte bspw. die kambodschanische Regierung in die Liste der Top-10-Täter auf, nachdem sie in den Jahren 2023 und 2024 in Australien und Thailand massenhaft eigene Staatsangehörige ins Visier genommen hat. Weitere Beispiele sind die illegale Rückholung von 36 ugandischen Aktivisten aus Kenia oder die Verfolgung von uighurischen Gruppen in Ägypten, Malaysia und Thailand.

Der Eingriff transnationaler Repression in die Souveränität, Sicherheit und, wenn Täterregierungen Beamte des Aufnahmelandes manipulieren, um Zielpersonen festzunehmen und zurückzuschicken, in die Rechtsstaatlichkeit demokratischer Aufnahmestaaten stellt für diese eine ernste Herausforderung dar. Dieser sollten die **demokratischen Regierungen** laut *Friedrich-Naumann-Stiftung mit proaktiven Maßnahmen begegnen*. Erste Schritte zur Bekämpfung von TNR wie seitens der USA das „Khashoggi-Verbot“, das dem US-Außenministerium die Verhängung von Visa-Beschränkungen für an TNR beteiligte Personen ermöglicht, sind bereits unternommen worden. **Auch Deutschland als Aufnahmestaat vieler politischer Exilanten hat begonnen, sich mit dem Thema TNR zu befassen und die Notwendigkeit einer koordinierten Vorgehensweise anzuerkennen.** So stellten am 2. Mai 2024 die CDU/CSU-Fraktion ([Drs. 20/11244](#)) sowie am 21. Januar 2025 die FDP-Fraktion ([Drs. 20/14592](#)) im Deutschen Bundestag Kleine Anfragen zum Umgang der Bundesregierung mit TNR. In ihren Antworten vom 23. Mai 2024 und 10. Februar 2025 ([Drs.n 20/11508](#) und [20/14938](#)) unterstrich die Bundesregierung, dass sie **fortlaufend verschiedene rechtlich zulässige Maßnahmen zur nachhaltigen Bekämpfung von TNR auf ihre Eignung hin prüfe**, beim Bundesamt für Verfassungsschutz **eine zentrale Ansprechstelle für TNR-Opfer eingerichtet habe** und **sich „sowohl in einschlägigen Formaten der EU und im G7-Rahmen als auch in bilateralen Gesprächen mit EU-Partnern und anderen internationalen Partnerländern zum Umgang mit TNR“ austausche**. Die *Friedrich-Naumann-Stiftung* fordert zur Bekämpfung von TNR hierüber hinaus, die Zusammenarbeit zwischen den betroffenen Ressorts und Sicherheitsbehörden zu verbessern sowie internationale Partnerschaften an die Einhaltung von Menschenrechtsverpflichtungen zu knüpfen. Eine menschenrechtsorientierte Strategie sei unerlässlich, um die Sicherheit von Exilanten zu gewährleisten und demokratische Werte zu schützen.

Quellen:

- *Susanne Güsten: Unterdrückung über Grenzen hinweg – Wie die Türkei weltweit auf Dissidentenjagd geht*, Deutschlandfunk, 1. August 2021.
- *Amin Salim: Grenzenlose Unterdrückung: Wie autoritäre Regime Kritiker im Exil zum Schweigen bringen*, Friedrich-Naumann-Stiftung, 12. Dezember 2024.
- *Grady Vaughan, Yana Gorokhovskaia, Nate Schenkan: Ten Findings from Ten Years of Data on Transnational Repression*, Freedom House, 6. Februar 2025.